

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1989)
Heft: 8: Europa 92

Artikel: Die Gewerkschaften und der EG-Binnenmarkt von 1992
Autor: Schäppi, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584130>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer glaubt, unsere wichtigen Zukunftsfragen seien die massive und rasch voranschreitende Umweltzerstörung, der sich zuspitzende Nord-Süd-Konflikt und die Verschuldungskrise der Dritten Welt oder die Militarisierung und die Kriegsgefahr, der hat sich getäuscht. Aus der Sicht der Europäischen Gemeinschaft ist nach ihren Verlautbarungen die wichtigste Herausforderung der Zeit der angebliche wirtschaftliche und politische Abstieg der europäischen Nationen. Der weltweite Konkurrenzkampf um die knapper werdenden Ressourcen habe sich seit den siebziger Jahren drastisch verschärft. Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes biete sich für die europäischen Staaten

nun «die entscheidende Gelegenheit zur Wiedererlangung ihrer starken wirtschaftlichen Stellung» und sei es möglich, dass «der relative Niedergang Europas umgekehrt und Europa in die Lage versetzt werde, wieder eine führende Stellung in der Welt einzunehmen (EG, 1987, S. 29)». Aus der Sicht der EG ist es so auch verständlich, dass «in zunehmendem Masse Geschäftsleute, Wirtschaftler, Politiker der einzelnen Staaten und Mitglieder des Europäischen Parlaments sich darüber klar zu werden beginnen, dass ein Wiederaufblühen Europas von der Schaffung eines den ganzen Kontinent (!) umfassenden Markts abhängig ist (EG 1987, 19)».

FOTO: LUKAS LEHMANN



DIE GEWERKSCHAFTEN UND DER EG-BINNENMARKT VON 1992

Dass sich in der Schweiz «Geschäftsleute» für die Visionen der EG-Technokraten begeistern können, ist mir verständlich. Dass sich bei uns aber im Zusammenhang mit dem EG-Binnenmarkt von 1992 auch bei Linken eine gewisse Euphorie auszubreiten beginnt, ist schon erstaunlicher. Offenbar hofft man, mit Hilfe der EG den Ausstieg aus den widerlichen schweizerischen Realitäten bewerkstelligen zu können. Mich selber hat die Aufbruchstimmung, was die EG und den Binnenmarkt angeht, noch nicht ergriffen, weil ich glaube, dass die Schweizer Wirtschaft vom geplanten Binnenmarktprojekt zwar viel zu erhoffen, wir Gewerkschaften vorab aber einiges zu befürchten haben.

DIE SCHWEIZER WIRTSCHAFT WIRD VOM EG-BINNENMARKT PROFITIEREN

Zweifellos sind die Verlautbarungen der EG-Kommission nicht aus der Luft gegriffen. Beim EG-Binnenmarkt handelt es sich in erster Linie um ein Modernisierungsprojekt, das dem europäischen Kapital neue Wachstums- und Gewinnchancen sichern soll. Und es ist vorauszusehen, dass auch die Schweizer Wirtschaft, völlig unabhängig davon, ob die Schweiz der EG beiträgt oder nicht, recht viel vom geplanten Binnenmarkt profitieren wird. Dies vorab aufgrund ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, aber auch aufgrund ihrer Fähigkeit, sich rasch den Veränderungen auf dem Weltmarkt anzupassen. Dies gilt besonders für die Exportindustrie, wobei die grösseren Firmen ja heute schon ihre Tochtergesellschaften und Niederlassungen in den EG-Ländern besitzen. Aber auch die auf den Binnenmarkt ausgerichtete Industrie hat wenig zu befürchten, da heute schon 70 Prozent der Importe aus den EG-Ländern kommen, die Öffnung des Schweizer Marktes für die EG-Produkte also jetzt schon gegeben ist. Auch kauft die Schweiz beträchtlich mehr Waren und Dienstleistungen in der EG, als sie in diese Länder exportiert.

Als guter Kunde der EG-Länder hat die Schweiz wirtschaftlich gesehen eine starke Verhandlungsposition.

WENIGER ZUKUNFTS-VERHEISSEND SIND DIE AUSSICHTEN FÜR DIE GEWERKSCHAFTEN

Weniger zuversichtlich dürfen wir hingegen bezüglich dem sein, was der EG-Binnenmarkt den ArbeitnehmerInnen und den Gewerkschaften – nicht nur in der Schweiz – bringen wird. Entscheidend dürfte sein, ob dieses Projekt etwas zur Lösung der existentiellen Probleme beiträgt, mit welchen wir heute konfrontiert sind, wie etwa die Umwelterstörung, die wachsende Ausbeutung der Dritten Welt oder die Massenarbeitslosigkeit in verschiedenen europäischen Ländern. Und hier sind grosse Zweifel am Platz.

UNKLARE AUSWIRKUNGEN AUF DIE BESCHÄFTIGUNG

Höchst unklar sind die zukünftigen Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Beschäftigung. Zwar versprechen

sich viele von einer Marktintegration höhere Wachstumsraten und damit mehr Arbeitsplätze. Andererseits gibt es auch die Erfahrung, dass durch den Abbau von Handelshemmnissen und den schärferen Wettbewerb der Rationalisierungsdruck weiter wächst, durch welchen Arbeitsplätze vernichtet werden. Sicher ist, dass die zunehmende Konkurrenz einen Konzentrations- und Umstrukturierungsprozess auslösen wird, welcher die wirtschaftlichen leistungsfähigen Zentren begünstigt und die heute schon bedrohten Regionen weiter schwächt. Ob der EG-Regionalfonds einen sinnvollen Ausgleich schaffen kann, bleibt abzuwarten. Gefördert werden die Konzentrationsprozesse aber durch die Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Das Kapital wird sich am günstigsten Standort ansiedeln, und die Arbeitskräfte sollen dort arbeiten, wo sie Arbeit finden.

GEFAHR DES SOZIALEN DUMPINGS

Mit grosser Sicherheit wird das von vielen Gewerkschaften befürchtete soziale Dumping im Rahmen des EG-Binnenmarktes

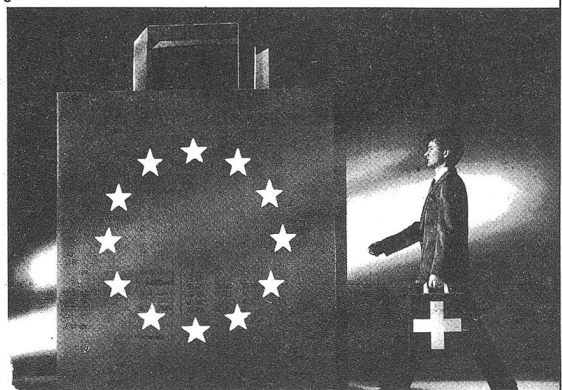
zunehmen. Es gehört ja zur Logik des Binnenmarktes, dass von Unternehmerseite Standortvorteile und unterschiedliche Arbeitsbedingungen noch stärker als bis heute genützt werden können. Noch stärker werden in Zukunft Lohndifferenzen, Steuerunterschiede, unterschiedliche Umweltauflagen zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausgespielt und als Druckmittel verwendet werden können. Dass der EG-Binnenmarkt durch eine «soziale Dimension» ergänzt werden soll, sind vorläufig nur Ratschläge oder Versprechen. Dies dürfte jedem klar werden, welcher das Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre studiert, welches der dafür zuständige EG-Kommissar Manuel Marin vorgelegt hat. Es beschränkt sich auf unverbindliche Mindestvorschriften, wobei alle wichtigen Fragen, wie etwa die Arbeitszeit und die Mitbestimmung, umgangen werden. Mit Recht wird es in einem Artikel in einer deutschen Gewerkschaftszeitung als Vogelscheuche bezeichnet, welche die Unternehmer wahrlich nicht zu fürchten brauchen.

Wie man sich einem Markt öffnet, der 50 mal grösser ist als der eigene.

Nehmen wir mal an: Das Zürcher Unternehmen Haus-Tech beliefert Handelsunternehmen mit Haushaltsgeräten. Produziert wird verstärkt da, wo das Lohnniveau günstig ist: in Turin und Bilbao. Die Vertriebsfrage ist bereits glänzend gelöst – mit 12 europäischen Stützpunkthändlern und den Zentrallagern Nord in Hamburg, West in Paris und Süd in Barcelona.

Für die Zürcher Zentrale, wo konsistorisch alle Fäden zusammengefasst sind, ist die Information über die 12 Länder bewältigbar. Kompliziert anhört, einfach ablaufen.

verwal-
Be-
etc.



WACHSTUM AUF KOSTEN DER UMWELT?

Was unsere Zielsetzung des Umweltschutzes und des qualitativen Wachstums angeht, so huldigen die VertreterInnen des EG-Binnenmarktes unverdrossen einer Ideologie des grenzenlosen Wachstums. Wie dieses ökonomische Expansionsmodell auf die Erfordernisse der Umwelt abgestimmt werden kann, darüber vernimmt man herzlich wenig. Für eine fortschrittliche Umweltpolitik wird das EG-92-Projekt keine Hilfe, sondern eher ein wachsendes Hindernis werden. In diesem Zusammenhang stellt sich auch das Problem der Landwirtschaft. Es ist unbestritten, dass sich auch GewerkschafterInnen für mehr Markt in der Landwirtschaft begeistern können. Einer Förderung ökologischer Tendenzen in der Landwirtschaft wird dies aber sicher nicht dienlich sein.

GEFAHR DES ABBAUS FORTSCHRITTLICHER STAATLICHER REGELUNGEN

Neben dem erwähnten sozialen Dumping besteht natürlich auch die Gefahr des Abbaus fortschrittlicher nationalstaatlicher Gesetzgebungen im Sozial- und Umweltbereich. Dies alles hat seine Konsequenz und seine Logik, kann doch der EG-Binnenmarkt durchaus als ein grossangelegtes Projekt der Flexibilisierung und Deregulierung angesehen werden. In diesem Rahmen sollen ja nicht nur europäische Marktpotentiale optimal genutzt werden, sondern auch durch sozialpolitische Deregulierung und Arbeitsmarktflexibilisierung optimale Produktionsverhältnisse geschaffen werden. Irgendwo zum Konzept hinzu gehört nicht nur der Abbau nationalstaatlichen Interventionismus, sondern auch der Versuch, die Gewerkschaften als Hemmnis liberaler Marktkräfte zurückzustufen. Die zunehmenden Konflikte sozialdemokratischer Regierungschefs mit den Gewerkschaften haben durchaus ihre realen Hintergründe. Der spanische Regierungschef González zum Beispiel – im Moment

Präsident der Europäischen Gemeinschaft – betreibt nicht nur eine sinnlose arbeitnehmerfeindliche Antiinflationpolitik, sondern versucht, im Namen der Freiheiten des Kapitals auch gesetzliche Kündigungsschutzbestimmungen abzubauen.

DEMOKRATIEDEFIZIT IN DER EG

Alle diese Probleme werden aus gewerkschaftlicher Sicht verschärft durch eine weitere Tatsache: das Defizit an Demokratie innerhalb der Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Elf Männer und eine Frau und die von ihnen ernannten Brüsseler Kommissare bestimmen mehr oder weniger im Alleingang, wie die berühmten 320 Millionen EG-BürgerInnen in Zukunft zu leben haben. Alle Untersuchungen zeigen auch klar, dass der Einfluss der Wirtschaftsinteressen und der Multis in Brüssel denjenigen der Gewerkschaften weit in den Schatten stellt.

Auch wenn wir in letzter Zeit einige Abstimmungen über Initiativen verloren haben, so müssen wir sehen, dass unser gewerkschaftlicher Einfluss in der Schweiz stark von den Strukturen der Referendumsdemokratie abhängt. Wenn wir als Gewerkschaften unsere Zielsetzungen zum Beispiel nach mehr Lebensqualität verwirklichen wollen, so sind wir auf die demokratischen Rechte gerade auch im regionalen und lokalen Bereich angewiesen. Im Rahmen der EG schwinden aber die demokratischen Mit- und Einwirkungsmöglichkeiten sowohl des einzelnen Bürgers als auch sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften dahin.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE GEWERKSCHAFTEN

Sicher ist, dass die Gewerkschaften mit den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes und der Politik der Europafähigkeit des Bundesrates konfrontiert sein werden, ob die Schweiz der EG nun beitrifft oder nicht. Im Vordergrund der Diskussion muss deshalb nicht die reichlich theoretische Beitrittsfrage stehen, sondern die Suche nach Antworten auf die zukünftigen

Probleme, die sich uns stellen werden. Dabei kann das Projekt des EG-Binnenmarktes für die europäischen Gewerkschaften auch eine grosse Chance sein. Angesichts der gemeinsamen Herausforderungen sollte bei allen Gewerkschaften die Einsicht wachsen, dass die zukünftigen Probleme nur gemeinsam und über die nationalen Ländergrenzen hinweg angegangen werden können. Wenn man dem EG-Binnenmarktprojekt skeptisch gegenübersteht, so muss man ja noch lange keine isolationistische oder nationalistische Position vertreten. Auch dann können wir die EG-Diskussion zum Anlass nehmen, unsere Formen der europäischen und internationalen Kooperation zu diskutieren, zu überprüfen und zu verstärken.

DIE ZUSAMMENARBEIT DER GEWERKSCHAFTEN MUSS MASSIV VERSTÄRKT WERDEN

Insbesondere aber müssen wir Probleme, die auf uns zukommen, verstärkt gemeinsam mit den anderen europäischen Gewerkschaften diskutieren, um dem Projekt des EG-Binnenmarktes die Forderung nach einem sozialen Europa und einem Europa der ArbeitnehmerInnen entgegenzustellen. Dazu müssen wir sicher unsere gewerkschaftliche Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene massiv verstärken. Ein erstes konkretes Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Entwicklung gemeinsamer Stossrichtungen in der gewerkschaftlichen Vertragspolitik, zum Beispiel in den heute so wichtigen Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitszeitgestaltung (Schichtfragen, Frage der Sonntagsarbeit, des Frauen-nachtarbeitsverbots usw.). Zur Entwicklung gemeinsamer Zielsetzungen in der Vertragspolitik gehört dann als zweiter Schritt sicher auch die Formulierung gemeinsamer Strategien und gemeinsamer Aktionen. Dazu müssen wir in der Schweiz auch die Voraussetzungen zur Durchführung von Solidaritätsaktionen schaffen. Auf der politischen Ebene muss das Ziel der Zusammenarbeit der Gewerk-

schaften die Ausarbeitung und Durchsetzung einer europäischen Sozial- und Umweltcharta sein.

EUROPAFÄHIGKEIT ALS STRATEGIE?

Es ist klar, dass wir auch in bezug auf die Schweiz eine gewerkschaftliche Strategie in der Frage des EG-Binnenmarktes erarbeiten und formulieren müssen. Die Position des Bundesrats und eines grossen Teils der Unternehmer, welche einen EG-Beitritt zwar ablehnen, aus dem wirtschaftlichen Deregulierungsprojekt aber ihren Nutzen ziehen möchten, ist für uns Gewerkschaften problematisch. Dann nämlich, wenn die sogenannte «Europafähigkeit» der Schweiz sehr selektiv und immer zum Nachteil für die ArbeitnehmerInnen und die Gewerkschaft ausgelegt wird. Auch da muss es klar sein, dass wir uns fortschrittliche Regelungen zum Beispiel im Umwelt- und Verkehrsbereich nicht unter dem Titel der «Europafähigkeit» in Frage stellen lassen. Europafähig zu werden, kann sicher nicht unsere zukünftige Gewerkschaftsstrategie sein. Unser Massstab muss die Sozial- und Umweltverträglichkeit der Wirtschaftspolitik sein. Und wenn schon, dann muss bei uns, um europafähig zu werden, nicht dereguliert werden, sondern es müssen unter anderem die Arbeitnehmer- und Sozialrechte ausgebaut und verstärkt werden. Ebenso kann der Druck der EG auch nützlich sein, um die Stellung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen zu verbessern und den schlimmsten Auswüchsen im schweizerischen Wirtschaftsrecht, zum Beispiel im Bankenbereich, gewisse Riegel zu schieben.

Hans Schächli